

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
7. Wahlperiode
Sozialausschuss

Schwerin, 10. September 2019
Telefon: 0385 525-1590/1591
Telefax: 0385 525-1595
E-Mail: sozialausschuss@landtag-mv.de

MITTEILUNG

Die 79. Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Integration und Gleichstellung
(Sozialausschuss)
findet am Mittwoch, dem 2. Oktober 2019, 09:00 Uhr
in Schwerin, Schloss, Plenarsaal statt.

EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG

Öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung

**Entwurf eines Gesetzes über die Finanzierung und zur Transparenz
in der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern und zur
Änderung des Insolvenzordnungsausführungsgesetzes**
- Drucksache 7/4009 -

Sozialausschuss	(f)
Finanzausschuss	(m)
Innen- und Europaausschuss	(m)
Wirtschaftsausschuss	(m)

Torsten Koplín
Vorsitzender

Anlage
Sachverständigen- und Fragenkatalog

Sachverständigenkatalog

zur öffentlichen Anhörung des Sozialausschusses am 2. Oktober 2019

zum Gesetzentwurf der Landesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Finanzierung und zur Transparenz in der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung des Insolvenzordnungsausführungsgesetzes

- Drucksache 7/4009 -

1. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Gesamtverband e. V.
Werner Hesse
2. AWO Bundesverband e. V.
Wolfgang Stadler
3. Diakonisches Werk Mecklenburg-Vorpommern e. V.
Henrike Regenstein
4. Caritasverband für das Erzbistum Hamburg e. V.
Steffen Feldmann
5. Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V.
Prof. Dr. Ulrike Kostka
6. Volkssolidarität Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.
Kerstin Liebich
7. ver.di Bezirk Schwerin
Daniel Taprogge
8. Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e. V.
Knud Bernitz
9. Landesrechnungshof Mecklenburg-Vorpommern
Dr. Martina Johannsen
10. Berliner Senatsverwaltung für Finanzen
Oliver Rohbeck
11. Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern e. V.
Matthias Köpp
12. Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern e. V.
Andreas Wellmann
13. Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern e. V.
Bernd Rosenheinrich
14. Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern e. V.
Friedhelm Heibrock

Fragenkatalog

zur öffentlichen Anhörung des Sozialausschusses am 2. Oktober 2019

zum Gesetzentwurf der Landesregierung
**Entwurf eines Gesetzes über die Finanzierung und zur Transparenz
in der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung
des Insolvenzordnungsausführungsgesetzes**
- Drucksache 7/4009 -

Grundlagen des Gesetzentwurfes: Erkenntnisse und Erfahrungen

1. Wie haben bislang die Landkreise und kreisfreien Städte ihre Pflichten nach dem Sozialgesetzbuch und ihre Zuständigkeit zur sozialen Beratung wahrgenommen?
2. Welche Rolle nahmen in der Vergangenheit die Sozialplanungen der Landkreise und kreisfreien Städte bei der Mitfinanzierung von bereits bestehenden Beratungsstellen ein?
3. Welche Erkenntnisse eines Landkreises oder kreisfreien Stadt bildeten die Grundlage für eine Mitfinanzierungszusage im Bereich der Beratungsstellenförderung? Gab es eigene Richtlinien oder anderen vergleichbare Regelungen der Kommunen?
4. Inwieweit haben sich kreisangehörige Gemeinden an der Finanzierung von Beratungsstellen beteiligt?
5. Wie viele vom Wohlfahrtsgesetz erfassten Beratungsstellen sind bisher von den Landkreisen und kreisfreien Städten mitfinanziert worden?
6. Wie behandeln derzeit die Landkreise und kreisfreien Städte freie Träger, die in Anträgen auf eine Zuwendung erkennen lassen, dass sie ihren Beschäftigten keine tarifliche Entlohnung zahlen?

Regelungen im Gesetzentwurf: Allgemeine Beurteilung

7. Wie beurteilen Sie den Verteilschlüssel der Spitzenverbandsförderung nach § 6 Absatz 3?
8. Wie beurteilen Sie die Regelungen zur Förderung der Tarifgebundenheit in § 3?
9. Wie bewerten Sie die vorgesehene Einrichtung einer Transparenz- und Zuwendungsdatenbank?

10. Inwieweit sind die Maßnahmen der Landesregierung geeignet, notwendige Querfinanzierungen zur Sicherung von Beratungsleistungen oder überhöhte Gehälter bzw. Sonderzuweisungen oder Zahlungen ohne Leistung – wie in den öffentlich gewordenen Fällen der letzten Jahre – zu verhindern?
11. Wie bewerten Sie die Änderung des Insolvenzordnungsausführungsgesetzes und welchen besonderen Handlungsbedarf sehen Sie bei der Förderung der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung in M-V?

Auswirkungen des Gesetzentwurfes: Ausblick, Ergänzungsbedarf

12. Wie beurteilen Sie den vorliegenden Gesetzentwurf mit Blick auf die Weiterentwicklung der Beratungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern?
13. Können die vorgesehenen Einrichtungen einer Zuwendungs- und einer Transparenzdatenbank das intendierte Ziel der Herstellung von mehr Transparenz erreichen?
14. Wie bewerten Sie den Gesetzentwurf in Bezug auf die vorgesehene künftige Förderung
 - a. der LIGA Mecklenburg-Vorpommern,
 - b. der sozialen und der Gesundheitsberatung,
 - c. der Beratungen, die nicht oder nicht ausreichend durch Leistungen nach § 8 Absatz 2 und Absatz 3 des Gesetzentwurfes gedeckt werden und durch landesweit oder durch landkreisübergreifend tätige Träger der sozialen Beratung oder der Gesundheitsberatung erbracht werden sowie die Telefonseelsorge?
15. Welche Beratungsarten bzw. sozialen Dienstleistungen sollten ebenfalls in das Gesetz aufgenommen werden und mit welcher Begründung?
16. Welchen Handlungsbedarf sehen Sie für die Sicherung der nicht mit dem Gesetz geregelten Förderungen der sozialen Beratung im weitesten Sinn sowie der Gesundheitsberatung, der Beratung für Menschen mit Behinderungen und der Beratung für Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern?